



Haushaltsrede 2016

von Herbert Goldmann,
Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Manchmal sind es ja gerade die spontanen, zum Teil emotional bedingten Aussagen, die selbst aus dem Zusammenhang gerissen, eine nachhaltige, eine besondere Wirkung entfalten.

Als der Kämmerer Dr. Wilk am Rande der Haushaltsberatungen für 2015 – also vor genau einem Jahr - den Ausspruch tätigte „ich bin der Kämmerer des Kreises Unna“, so war dies zwar nur der zweite Halbsatz, dennoch drückte gerade dieser „nachgeschobene Halbsatz“ **auch** ein anderes Verständnis im Umgang zu den politischen Kräften im Kreis, im Umgang und Verständnis zu und mit den kreisangehörigen Kommunen des Kreises aus.

In Fragen der Haushaltsführung und Haushaltswirtschaft des Kreises hat sich zwischenzeitlich ein enges, vertrauensvolles Verhältnis zu den Kommunen entwickelt und dies ist ein Verdienst des Kämmerers Dr. Wilk und seiner Fachabteilung mit Herrn Appel an der Spitze und dafür möchte ich zu Beginn meiner Ausführung einmal aufrichtig Danke sagen.

Natürlich haben sich damit die finanziellen Sorgen der Kommunen des Kreises nicht erledigt, beileibe nicht, aber gegenseitiges Vertrauen, Verständnis und das Nachvollziehen bestehender Abhängigkeiten gerade bei den überbordenden Soziallasten bildet jetzt die Grundlage eines fachlichen Austausches, das war nicht immer so.

Heute ist vieles Ritual – notwendig, wie die vorgegebene Benehmensherstellung und dessen nicht überraschendes Ergebnis, aber der Umgang ist fair in dem Erkennen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Auf der politischen Ebene des Kreises – also genau hier - sind wir davon aus meiner Sicht noch weit entfernt, obwohl wir doch gemeinsam angetreten sind, den Kreis nach vorne zu bringen.

Die Reduzierung der Arbeitslosenzahlen,
mehr tariflich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse im Kreis,
Bildungsgerechtigkeit,

Bekämpfung der Altersarmut,

Anreize für die Wirtschaft zur Expansion –

die Liste der gemeinsamen Ansätze ist schier unerschöpflich; das wollen wir alle, da trennt uns doch nur Marginales – vielleicht in der Priorisierung - und dennoch kommen wir selbst in diesen Fragen nicht zusammen.

Ich mache das mal an zwei Beispielen fest:

Da stellen die Grünen für die Sitzung des Kreistages im September – jetzt habe ich hier stehen: unverschämterweise - den Antrag auf Einrichtung eines Flüchtlingsgipfels – ein Thema, was an Aktualität und Dramatik kaum zu übertreffen ist.

Vom Landrat über 5 Wochen keine Reaktion, kein Wort, kein Gesprächsangebot – bis zur Sitzung des Ältestenrates, von der SPD und der CDU 6 Wochen keine Reaktion, selbst bis und in der Sitzung des Kreistages und das bei einem Thema, das uns alle bewegt und überhaupt nicht zu einer parteilichen Profilierung geeignet ist.

Den Antrag und dessen Umsetzung hätten wir gemeinsam begleiten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Es ist doch unsere gemeinsame Aufgabe daran mitzuwirken, dass der Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht verloren geht – nicht weiter verloren geht – und wir jungen Menschen, jungen Flüchtlingen eine persönliche und berufliche Perspektive eröffnen.

Wenn – und ich sage das insbesondere an die Adresse der CDU als aktiver Teil im Rahmen der Gestaltungsmehrheit und Meinungsbildung in dieser Frage, wenn die Maxime ist – keinen Antrag der „Kleinen“ im Kreistag zu behandeln und ggf. positiv zu bescheiden, dann ist das ein Bankrotterklärung im politischen Umgang.

Der gestern noch nachgeschobene Antrag von SPD und CDU zum Sozialticket spricht Bände.

Wir stehen in der Flüchtlingsfrage vor massiven gesellschaftlichen Brüchen, der Zulauf zu den rechten Gruppierungen ist beängstigend und *Wir* verlieren uns im Kleinklein.

Die Bürgermeisterin der Stadt Holzwickede bittet den Kreis um ein Mehr an Unterstützung – und der Kreis – entrüstet über den Tadel - verweist zwar zu Recht auf bestehende Zuständigkeiten, aber versagt auf ganzer Linie in der Frage des Zusammenhaltes der Kommunalen Familie im Kreis Unna.

Zum zweiten:

Nicht nur in der Diskussion zur zukünftigen "wirkungsorientierten Steuerung des Haushaltes" wurde deutlich, dass sich die Gestaltungsmehrheit vom Rest des Kreistages im Umgang und inhaltlich weit entfernt hat.

Die GRÜNEN habe lange überlegt, ob sie unter dieser Vorgabe eigene – haushaltsauswirkende – Anträge einbringen sollten.

Wir haben aus nachvollziehbaren Gründen darauf – bis auf zwei– verzichtet.

Der eine betrifft das Sozialticket und unseren Anspruch zusammen mit den Linken die Betroffenen an der großzügige finanzielle Unterstützung des Landesteilhabens zu lassen und das von den Grünen initiierte Sozialticket nicht nur zur Entlastung der VKU zu verwenden.

Der Ergänzungsantrag von SPD und CDU macht auch dieses Ansinnen mal wieder kaputt.

Die mahnenden Worte des KD, dass die eingesetzten Mittel aus den Jahresüberschüssen 2014 und 2015 incl. der Ausgleichsrücklage mit insg. rd. 7-8 Mio. nicht ausreichen, dürfen wir nicht ausblenden, die Folgen werden uns mit Macht in 2017 treffen, wenn viele Flüchtlinge – nach Einschätzung des GF der Arbeitsamtsagentur Hamm, Herr Helm - bereits ab Mitte d. J. Ansprüche nach dem SGB II begründen werden.

Es gibt in der Haushaltsführung die Begriffe von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit – ich glaube nicht, dass die Gestaltungsmehrheit heute den Mut hat, hieraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und die Kreisumlage entsprechend anzupassen.

Man kann nicht über den Haushalt sprechen, ohne sich intensiv mit der aktuellen Flüchtlingssituation auseinander zu setzen; ich habe eingangs darauf hingewiesen.

Kommunen, Träger und die Ehrenamtlichen haben grandioses geleistet und werden dies auch weiterhin tun, da bin ich mir sicher.

Und ich habe auch großes Verständnis, wenn sich Landräte, OBs und Bürgermeister in ihrer finanziellen Not und zum Teil logistische Überforderung an den Bund und das Land wenden und zu Recht ein Mehr an Unterstützung – nicht nur finanziell einfordern.

Ich will nicht verhehlen, dass in mir in den Tagen, in denen die Diskussion – insbesondere aus dem Süden unserer Republik – eine deutliche Schiefelage

bekommen hat, auch hierzu die Autorität und Kraft der Funktionsträger vor Ort deutlicher gewünscht hätte.

An uns alle gerichtet – wir zeigen uns ob der jüngsten Anschläge in Paris, durch die Fremdenfeindlichkeit der rechten Szene und von Pegida zutiefst erschüttert, bei der Berichterstattung darüber in der selben Zeitungsausgabe zwei Seiten weiter, feiern wir uns, dass die Waffenexporte um 3.5 Mrd. in diesem Jahr gestiegen sind. Die Zusammenhänge zu den Ereignissen sind doch offensichtlich.

Wir – als kommunale Mandatsträger und Teil der Gesellschaft – tragen auch hierfür einen Teil der Verantwortung, ob uns das bewusst ist und ob wir es möchten oder nicht.

Apropos Verantwortung – die GRÜNEN tragen den Haushaltsentwurf der Verwaltung für **2016** mit – die angesprochenen Unzulänglichkeiten und Zweifel bewusst ausblendend.

Das Vertrauen in die Finanzverwaltung im Dialog mit den Kommunen die finanzielle Belastung über die Kreisumlage so gering als möglich zu halten, besteht für das kommende Haushaltsjahr.

Ob der politische Wille und die Kraft ausreicht, im Rahmen der von mir angesprochenen wirkungsorientierten Steuerung effektive Veränderungen zu erreichen, vermag ich aktuell nicht einzuschätzen.

Der Aufschlag ist gewiss nicht gelungen, aber wie sagte schon Napoleon am Abend vor der Schlacht bei Waterloo „ nur wer die Hoffnung aufgibt, ist verloren“.

Wie die Schlacht ausgegangen ist, wissen Sie selbst.

Gestatten Sie mir einen letzten Hinweis – in der Sitzung des KT am 23.06.2015 haben SPD und CDU entschieden, dass sich der Kreis an den Kosten des Radschnellweges weder mittelbar noch unmittelbar beteiligen wird.

Am Freitag der vergangenen Woche haben die Mitglieder der Verbandsversammlung des RVR – ich glaube es war die Ziffer 11 – beschlossen, dass der Eigenanteil des RVR bis zu 20 % betragen darf. SPD und CDU haben diesem Vorschlag in Essen zugestimmt – auch aus dem Kreis Unna.

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben und wünsche Ihnen, den Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeitern auch der Kreisgesellschaften und deren Geschäftsführern ein besinnliches Weihnachtsfest und würde mich freuen, wenn einiges von dem Gesagten eine gewisse Nachdenklichkeit auslösen würde.

Ihr Herbert Goldmann